

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/80

28. April 1971

Diskussion als modernes Führungsmittel

-----  
Regelkatalog für neue Aspekte in der  
Bundeswehr

Von Karl Wilhelm Berkhan SPD-MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-  
ministerium der Verteidigung

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Rainer Barzel und die seidene Schnur

-----  
Notwendige Bemerkungen zur Frage der  
Berlin-Regelung

Seite 3 und 4 / 68 Zeilen

Die Frau in der Männergesellschaft

-----  
Noch ein weiter Weg zur Gleichberechtigung

Von Lisl Nothhaft  
Vorsitzende des SPD-Frauenausschusses Nieder-  
bayern/Oberpfalz

Seite 5 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 8153  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 00 07 - 96  
Telex: 888 848/888 847/  
228 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Diskussion als modernes Führungsmittel

Regelkatalog für neue Aspekte in der Bundeswehr

Von Karl Wilhelm Berkhan SPD-MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im  
Bundesministerium der Verteidigung

Die politische Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung hat der Diskussion innerhalb der Bundeswehr größeren Raum als bisher eingeräumt.

Die Bundeswehr ist Teil einer offenen Gesellschaft, sie ist selbst eine offene Organisation, es ist daher nur natürlich, daß in ihr offen und kontrovers diskutiert wird. Und das nicht nur in der Horizontalen der jeweiligen Dienstgrade, sondern auch vertikal, quer durch alle Dienstgrade hindurch. Während der kritischen Bestandsaufnahme ist die Diskussion zwischen der Leitung und der Truppe institutionalisiert worden. Das "Weißbuch 1970" verweist aber auch auf die besonderen Regeln, denen die Diskussion im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Organisationen in der Bundeswehr unterliegen muß: "Der Gehorsam gegenüber dem Grundgesetz und der verfassungsmäßigen Bundesregierung, der Gehorsam gegenüber den Gesetzen, die auf dem Grundgesetz beruhen, und der Gehorsam gegenüber Befehlen, die auf dieser Basis gegeben worden sind, kann nicht zur Diskussion stehen."

Diskussion wird dabei nicht ausschließlich als Wechselgespräch verstanden. Die freie Meinungsäußerung in Thesen und Niederschriften gehört durchaus dazu. Werden dabei ausschließlich dienstliche Fragen behandelt, ist der Weg in die allgemeine Öffentlichkeit vor dem Gespräch mit dem Partner innerhalb der Bundeswehr ungewöhnlich und sollte sich schon aus Gründen des guten Stils verbieten. Dabei weiß ich wohl, wie schwer es ist, sich Journalisten zu erwehren, wenn diese erst mal auf die eigene Fährte geraten sind und etwas "wittern".

Diskussion dient in erster Linie der Information über andere Meinungen, dient damit der eigenen Meinungsbildung und ist somit ein wichtiges Mittel im Prozeß der Willensbildung und zur Ent-

scheidungsvorbereitung. Das gilt unabhängig davon, zwischen welchen Hierarchieebenen diese Diskussion eingeführt wird.

Damit ist Diskussion, die ernst genommen werden will, nicht ein Vehikel, um allgemeinen Unmut zu äußern oder sich ins Blickfeld zu rücken. Diskussion muß im Blick behalten die gemeinsame Verantwortung der Beteiligten für die Auftragserfüllung der Bundeswehr. Diese Verantwortung ist gestuft, aber kein Mitglied der Bundeswehr ist davon entbunden. Wer sich an der Diskussion beteiligt oder sie eröffnet, will damit am Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß beteiligt werden, will in diesem Rahmen etwas bewirken, was seiner Ansicht nach bewirkt werden müßte. Damit wird Mitverantwortung übernommen. Dazu sind aber Regeln einzuhalten, soll die Diskussion nicht in einseitiges Deklamieren oder zweiseitiges verantwortungsloses Gerede abgleiten.

Der Diskussionsteilnehmer ist verpflichtet, alle ihm zugänglichen Informationen zunächst selbst zu verarbeiten: aufgestellte Behauptungen müssen belegt werden; böswillige Unterstellungen verbieten sich ebenso wie Nötigungen oder gar Drohungen; Forderungen, die in der Diskussion an andere gestellt werden, müssen von dem, der sie stellt, selbst erfüllt werden. Es muß klar bleiben, daß Diskussion die Entscheidung des dafür Zuständigen nicht ersetzen kann, und daß diese Entscheidung, wenn sie gefällt ist, von den Betroffenen loyal zu akzeptieren ist.

Angesichts dieses kurzen Regelkatalogs wird deutlich, daß die Hauptleute der 7. Panzergrenadierdivision trotz mancher richtiger und ernst zu nehmender Feststellung in einigen Punkten über das Ziel hinausgeschossen sind und diese Regeln nicht beachtet haben. Angesichts dieses Regelkatalogs zeigt sich auch der Unterschied zu den im vorigen Jahr bekannt gewordenen Thesen der "Leutnante 70". Diese lieferten einen nachdenklich stimmenden Beitrag zu ihrem Berufsverständnis; ihre unhaltbare These über die personale Loyalität wurde vom Minister sofort zurückgewiesen. Die Hauptleute hingegen formulierten Vorwürfe und Forderungen. Der Maßstab, den sie an sich anlegen müssen, muß schärfer sein!

Die Bundeswehr wird sich an das neue Kommunikationsmittel "Diskussion" gewöhnen müssen. Die Leitung des Verteidigungsressorts wird sich durch Beispiele unzureichender Handhabung dieses Mittels nicht davon abhalten lassen, die Diskussion als modernes Mittel der Menschenführung zu fördern.

(-/ex/28.4.1971/bgy)

+ + +

Rainer Barzel und die seidene Schnur

Notwendige Bemerkungen zur Frage der Berlin-Regelung

Die Frage, ob es unter allen Umständen notwendig oder auch nur förderlich ist, mitten in wichtigen Verhandlungen alle Papiere auf den öffentlichen Tisch zu legen, wird ungeachtet ihrer prinzipiellen Bedeutung zur blanken Theorie, wenn diese Papiere bereits bekanntgemacht worden sind. Die Papiere der Verhandlungen der Vier Mächte über eine von allen Seiten annehmbare Berlin-Regelung liegen auf dem Tisch, wobei es gleichgültig ist, ob die Veröffentlichungen bis in alle Einzelheiten korrekt sind und dem letzten Stand entsprechen. Zu dieser Publizierung haben mehrere Seiten beigetragen: östliche Interessenten durch den spektakulären Artikel in der Warschauer "Zycie Warszawy"; westliche Interessenten jetzt durch ein Nachschieben aus Diplomatenkreisen in Bonn.

Leser und Beurteiler dieser Publikationen müssen sich über einige Punkte klar sein, an denen niemand vorbeigehen darf, der sich nicht den Vorwurf der Unobjektivität und der Voreingenommenheit zuschieben will. Erstens greifen die Publikationen einen Zwischenstand heraus, der, nachdem längere Zeit zum ersten Mal wirklich verhandelt worden ist, nicht nur in aller Deutlichkeit die Konfrontationspositionen des Westens und des Ostens - beide als Haupt- und Alleinverantwortliche für Berlin und Deutschland als Ganzes! - zeigt, sondern auch klar erkennen läßt, daß man sich aufeinander zubewegt oder zumindest zubewegen will. Zweitens, und hier hat die aus Bonn datierte Veröffentlichung wegen ihrer Formulierungsquelle besonderen Wert, wird erkennbar, daß Moskau "offensichtlich bestrebt" ist, "den Westmächten und der Bundesregierung entgegenzukommen", was natürlich keineswegs heißt, daß man im Kroml die Aufgabe des Schutzpatrons für die DDR gerade in diesem heiklen und schwierigen Berlin-Bereich zu vernachlässigen gedenkt. Drittens, und damit soll es vorerst genug sein,

wird einzusehen und zu vermerken sein, daß es zweifellos noch geraume Zeit dauern wird, bis die Vier Mächte sich mit konkreter Aussicht auf Erfolg in ein Verhandlungsstadium hineinbewegen, in dem zu sagen sein wird, daß die angestrebte Regelung im Prinzip erreicht und damit vertragsformulierungsfähig ist; was konsequenterweise bedeutet, daß die beiden deutschen Staaten dann durch ihre Regierungen in Bonn und Ostberlin im Rahmen und unter dem Dach dieser Vier-Mächte-Übereinkunft mit der Detailarbeit beginnen können.

Ein Zwischenfazit, mit aller Behutsamkeit und Nüchternheit gezogen, könnte aussagen, daß man sich auf einem Weg befindet, der, hält man ihn von allen unnötigen Störungen und bewussten Beeinträchtigungen frei, in der schwierigen Problematik angemessenen und von daher akzeptablen Zeiträumen konturierte Aussichten auf die angestrebte und erwartete Regelung bringen kann und sollte. Das Erfordernis der Störnisfreihaltung ist hier mit aller Entschiedenheit herauszustellen, weil anzunehmen ist, daß eine derartige Regelung des Berlin-Problems tatsächlich und unumsunden im übergeordneten und kardinalen Interesse jedenfalls aller Deutschen insbesondere in Berlin und in der Bundesrepublik liegt.

Die Opposition hat unumstritten das politische und parlamentarische Recht der Kontrolle und der Kritik. Die Opposition und vor allem ihre Führung wird sich aber hier und heute endlich einmal fragen lassen müssen, ob ihre Dauerraktionen gerade im Punkt Berlin auch von ihr aus noch vertretbar und zulässig sind. Die Formulierungspassage des Herrn Dr. Barzel z.B., der im Zusammenhang mit den Bemühungen der Bundesregierung um eine annehmbare Berlin-Regelung von einer "seidenen Schnur" sprach, sind, nimmt man sie als Teil vom Ganzen seiner pausenlosen Antiagitation, alles andere als hilfreich und im Gesamteffekt nur ein böser Stör- und Schadensfaktor. Die Aufgaben der Opposition und ihres Vorsitzenden liegen in dieser gemeinsamen zu verantwortenden Frage auf einem ganz anderen, einem positiven Gebiet, nämlich in der tätigen Mithilfe für eine bessere, möglichst sogar eine gute Regelung der Probleme Berlins. Und von der Erfüllung dieser Aufgabe kann der Oppositionsführer durch nichts entbunden werden. (ee/ee/28.4.1971/ks)

## Die Frau in der Männergesellschaft

Noch ein weiter Weg zur Gleichberechtigung

Von Lisi Nothhaft

Vorsitzende des SPD-Frauenausschusses Niederbayern/Oberpfalz

Warum immer noch Arbeitsgemeinschaften für Frauen innerhalb unserer Partei? Die Frage nach der Notwendigkeit einer gesonderten Arbeitsgemeinschaft der Frauen wird zu Recht immer wieder gestellt. Daß die Frage gerade jüngere Frauen verstärkt erheben, ist ein positives Zeichen, wenn sich darin wirklich ein anderes Selbstverständnis junger Frauen ausdrückt. Fühlen sich jetzt mehr junge Frauen als Partnerin des Mannes auf allen Gebieten? Angenommen es ist so. Diese Frauen werden jedoch bald erkennen, daß wir nach wie vor in einer Männergesellschaft leben und Politik nach einem gängigen Schlagwort immer noch "Männersache" ist. Leider findet das auch ein Teil der Frauen in Ordnung und überläßt die Gleichberechtigung einigen wackeren Mitbürgerinnen.

Die biologische Funktion der Frau, Kinder zu bekommen, bedeutet ja nicht, daß die gesellschaftlichen Aufgaben der Kindererziehung und Schulung allein der Frau zugemutet werden können. Gerade das aber tut man in vieler Hinsicht. Die traditionsgeprägte Hausfrauenrolle als unbezahlte Arbeitskraft in der Hauswirtschaft muß neue Formen finden. Zwei Millionen verheiratete Frauen sind berufstätig und ihre Erwerbsarbeit wird einfach zu den Haushaltsanforderungen dazugezählt. Hier müssen die berufstätigen Mütter besonders hervorgehoben werden. All dies sind und bleiben Probleme der Gesellschaft und an diesen Fragen versagt unsere sich noch so fortschrittlich fühlende Gesellschaftsordnung. Selbst sich fortschrittlich apostrophierende Gruppen in der Politik, auch in der SPD, zeigen hier Desinteresse. Darum ist es immer noch notwendig, daß sich die Frauen in Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen nach dem Grundsatz: Einer erreicht wenig, viele aber mehr.

Den Arbeitsgemeinschaften der Frauen stellen sich auch noch folgende Aufgaben: Sie sammeln politische Meinungen der Frauen und wollen sie in den Prozeß der politischen Willensbildung der Partei einfließen lassen, sie wollen weiter weibliche Mitglieder für die aktive politische Arbeit ermutigen und sie wollen vor allem werbend nach außen wirken.

So wenig neu diese Aufgaben sind, so wenig haben sie an Aktualität eingebüßt. Das heißt, politische und gesellschaftliche Entwicklungen gehen noch immer über Probleme, die Frauen betreffen, hinweg, ohne Lösungen anzubieten. Als naheliegendes Beispiel sei hier die wachsende Berufstätigkeit der Frau genannt, während der Ausbau von Kindertagesstätten und Kindergärten unverantwortlich vernachlässigt wurde. Auch der Bildungsrückstand von Mädchen gegenüber Jungen steht weiter auf der Tagesordnung. Darum also brauchen wir noch gesonderte Frauenarbeit in den Frauenarbeitsgemeinschaften innerhalb unserer Partei. Diese müssen unermüdlich tätig bleiben. In diesen Arbeitsgemeinschaften sind wir nicht gegen die Männer. Im Gegenteil, wir suchen eine Regelung in Zusammenarbeit mit einsichtigen und fortschrittlichen Männern. (~/ex/28.4.1971/rs)